

Eduardo Frei Ruiz-Tagle

# Demokratie in Lateinamerika

Perspektiven für das 21. Jahrhundert

Ich möchte einige Überlegungen zur Demokratie im kommenden Jahrzehnt vortragen. Über die symbolische Bedeutung der Jahrtausendwende hinaus steht außer Zweifel, daß die lateinamerikanischen Demokratien vor einem neuen Abschnitt ihrer Entwicklung stehen. Den Jahren des Autoritarismus folgten die Jahre des Übergangs, dessen Schwierigkeiten bekannt sind. Für einige Länder ergaben sich große Schwierigkeiten bei der Aufgabe, die Erhaltung der Demokratie zu gewährleisten. Aber ich glaube, für uns alle ist die Zeit gekommen, die gegenwärtigen Geschehnisse genauer zu betrachten und zu überlegen, wie wir am besten zukunftsorientiert handeln können.

Dazu trägt auch eine geschärfte Wahrnehmung der Umwälzungen bei, die sich seit Ende des vorigen Jahrzehnts abgespielt haben. Die Rede vom „kurzen 20. Jahrhundert“ ist bereits zum Gemeinplatz geworden: es habe 1914 begonnen und sei 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer zu Ende gegangen. Diese Mauer, jahrzehntelang ein Symbol der Konfrontation zwischen den westlichen Demokratien und den zur Einflußsphäre des Sozialismus gehörenden Ländern, wurde schließlich zum deutlichsten Zeichen für den Übergang zu einer neuen Epoche, einer neuen Menschheitsära.

Noch ist aber nicht klar, welche Richtung einzuschlagen ist. Die Globalisierung der Märkte und der Kommunikation hat nicht nur den Wirtschaftsbereich, sondern auch die kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Beziehungen in der ganzen Welt verändert. Zwei neue Entwicklungen von größter Bedeutung haben sich innerhalb einer kurzen Zeitspanne

**Nach dem Zeitalter des Autoritarismus sowie den sich anschließenden Jahren des Übergangs durchläuft Lateinamerika derzeit eine Epoche der Umwälzungen, deren Indikatoren wie die Globalisierung der Märkte und Kommunikationssysteme zu einer Veränderung der kulturellen und politischen Beziehungen auf Weltenebene führen. In Chile war es daher das Ziel der *Concertación*, das Land zu demokratisieren, diesem aber auch eine umfassende Entwicklungsperspektive zu eröffnen, als deren Quintessenz eine neue Agenda des Handels formuliert werden kann: Eine kraftvolle Wirtschaft, eine funktionstüchtige Demokratie, eine durch Mobilität geprägte Gesellschaft sowie schließlich ein auf Respekt und Kooperation fußendes Gemeinwesen sind Ziele einer Strategie, zu der es keine Alternativen gibt: Demokratisierung und Entwicklung sind schließlich Teile ein und desselben Prozesses, der im Dienste der Sicherung von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit stehen muß.**

ergeben: eine grundlegende wissenschaftlich-technische Revolution, welche die Produktions- und Organisationsformen der Menschen einem tiefgreifenden Wandel unterworfen hat, und die Neuordnung der Machtverhältnisse in der Welt im Rahmen eines noch längst nicht beendeten Prozesses.

Die Folgen dieser Veränderungen sind so weitreichend, daß sie noch nie dagewesene Möglichkeiten für die Linderung der Armut von Millionen Menschen und zur Absicherung der demokratischen Prozesse in der Welt eröffnen. Gleichzeitig ist es notwendig, sich mit Realismus der Tatsache zu stellen, daß in der Zeit nach dem Kalten Krieg zusammen mit diesen Möglichkeiten auch neue Herausforderungen entstanden sind und alte Konflikte wiederbelebt wurden, weshalb eine multilaterale Anstrengung zur Erhaltung des Friedens und der friedlichen Koexistenz der Völker unabdingbar ist, ebenso wie die theoretische Anstrengung, die ich vorhin angesprochen habe. Diese Institution, die von Anfang an dem christlichen Humanismus in der politischen Arbeit Ausdruck verliehen hat, bietet den geeignetsten Rahmen für dieses Unterfangen.

Daher möchte ich mich jetzt also der Frage zuwenden, worin die Erfahrung der Concertación de Partidos por la Democracia – bestehend aus dem Partido Demócrata Cristiano, dem Partido por la Democracia, dem Partido Socialista und dem Partido Radical Socialdemócrata – in diesem Jahrzehnt bestanden hat und wie wir die zukünftige Entwicklung sehen.

Die Concertación entstand als Parteienkoalition mit dem Ziel, auf friedlichem Wege den Autoritarismus hinter uns zu lassen und die Demokratie aufzubauen. Aber diese für den damaligen Zeitpunkt grundlegenden Aufgaben waren immer auch mit Fragen der Entwicklung verknüpft. Stets existierte ein Regierungsprogramm, das beide Zielrichtungen in sich vereinte. Für unsere Regierungen ging es einerseits darum, das politische System zu demokratisieren, die der Zivilgesellschaft eigenen Freiräume zu erweitern sowie die bürgerlichen und kulturellen Freiheiten zu stärken. Andererseits ging es um die Förderung des Wirtschaftswachstums, die Durchsetzung von Veränderungen im Bereich der Produktion und das Bewirken einer nachhaltigen Entwicklung sowie um den Ausbau und die Modernisierung der für die Pro-

duktion wichtigen Infrastruktur, eine verstärkte Einbindung Chiles in das Geflecht internationaler Beziehungen, die Überwindung der Armut und die Vergrößerung von Chancen, die Modernisierung des Staates und seine Dezentralisierung, die Schaffung eines Klimas von Frieden und Sicherheit für die Bürger und die Herstellung neuartiger Beziehungen in der Arbeitswelt.

Die Wiederherstellung der demokratischen Normalität machte es den Bürgern möglich, sich zunehmend solchen Themen wie der Lebensqualität, den Umweltproblemen, einer besseren Bildung und der Forderung nach qualitativ höherwertigen Dienstleistungen zuzuwenden. Es zeichnete sich sogar die Tendenz ab, die Politik auf das Erreichen von Dingen für die Menschen zu reduzieren, eine Tendenz, die dem Bestreben der Verantwortlichen entsprach, eine effiziente Führungsleistung vorzuweisen.

Parallel dazu gewann das Thema der Entwicklung in der öffentlichen Diskussion immer mehr an Bedeutung, denn es gibt weder vorgefertigte Rezepte noch eine amtliche Bescheinigung für den richtigen Kurs. Die in Asien, Nordamerika und Europa gemachten Erfahrungen zeigen, daß feste Routen oder Erfolgsgarantien für die gewählte Strategie nicht existieren. Die Aufgabe, Entwicklung zu gewährleisten, liegt weiterhin in der zentralen Verantwortlichkeit der Politik einer Nation, und hier werden sich selbstverständlich auch entgegengesetzte Sichtweisen einstellen.

Für unsere Demokratie besteht die große Aufgabe darin, eine nationale und alle Bereiche erfassende Entwicklung zu erreichen. Mit dem Wort „national“ beziehe ich mich nicht auf eine abstrakte Eigenschaft. Ich meine damit die konkreten Menschen, die Einwohner unseres Landes, und eine Entwicklung, die sie alle einschließt, was sowohl die Beteiligung am Prozeß als auch an seinen Ergebnissen betrifft. Und wenn ich von einer alle Bereiche umfassenden Entwicklung spreche, dann behaupte ich damit, daß es echte Entwicklung nur geben kann, wenn Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik ihre Eigendynamik entfalten und sich gegenseitig potenzieren können.

Beinhaltet eine solche Sicht der Dinge, daß die Aufgabe einer Vertiefung der Demokratie in ihrer Bedeutung herabgesetzt wird? Im Gegenteil, sie wird

■ **Für unsere Demokratie besteht die große Aufgabe darin, eine nationale und alle Bereiche erfassende Entwicklung zu erreichen.**

dadurch auf viele Gebiete ausgeweitet, die viel mehr umfassen als zwei oder drei Reformen; solche Reformen sind ohne Zweifel notwendig, aber in ihnen erschöpfen sich nicht unsere Pflichten in dieser Richtung. Eine solche Sicht bedeutet auch, daß wir die Verantwortung für die Demokratie ausweiten; sie ist nicht nur Sache der Politiker, sondern sie geht alle und jeden einzelnen Bürger an; und diese Sicht läuft auf die These hinaus, daß die Demokratie, so verstanden, auch die Voraussetzung dafür ist, daß alle übrigen gesellschaftlichen Institutionen und Tätigkeiten Stabilität, Leistungsfähigkeit und Legitimität erhalten können.

Ich meine, es ist in diesem Rahmen möglich, eine neue demokratische Agenda zu formulieren, in der die Bemühungen aller Akteure zum Ausdruck kommen und die den Handlungen in den verschiedensten Bereichen Legitimität und Halt verschafft.

Diese neue, auf eine klare Bejahung der politischen und ökonomischen Freiheiten gegründete Agenda muß vor allem vier Gebiete ansprechen: wie erhält man eine Wirtschaft mit einer kraftvollen Ausstrahlung, eine leistungsfähige und auf Partizipation gestützte Demokratie, eine Gesellschaft von großer Mobilität mit realen Aufstiegschancen für die unteren Schichten sowie ein auf Respekt und Zusammenarbeit aufbauendes Gemeinschaftsleben?

Die Agenda muß der Komplexität des von unserem Land in den vergangenen Jahrzehnten erlebten Wandels Rechnung tragen. Wenn wir eine wettbewerbsfähige Nation innerhalb einer globalisierten Welt werden wollen, müssen wir die Entwicklungsaufgaben mit einer neuen Rationalität angehen, die die Handlungen aller Gesellschaftsglieder mit umfaßt und vervollständigt. Das bedeutet vor allem, daß wir uns der komplexen Interaktionen annehmen müssen, die zwischen öffentlichem und privatem Sektor, zwischen Staat und Markt, zwischen lokalen, regionalen und nationalen Ebenen stattfinden, sowie zwischen den mannigfachen Vereinigungen der Zivilgesellschaft und diesen verschiedenen Ebenen.

Chile befindet sich in einer paradoxen Situation: noch nie waren wir der Entwicklung näher, aber gleichzeitig war uns noch nie der gewaltige noch zu überwindende Abstand so deutlich bewußt. Wenn wir den Umfang unserer Aufgaben betrachten – echte Demokratie, Steigerung des Exports, moderne Institu-

■ **Wenn wir eine wettbewerbsfähige Nation innerhalb einer globalisierten Welt werden wollen, müssen wir die Entwicklungsaufgaben mit einer neuen Rationalität angehen, die die Handlungen aller Gesellschaftsglieder mit umfaßt und vervollständigt.**

tionen auf den Gebieten der Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme, Modernisierung des Staates, die Einordnung des Landes in die neuen Szenarien einer globalisierten Welt, Harmonisierung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine auf Respekt gegründete Staatsbürgerkultur –, dann fällt es nicht schwer zu sehen, daß wir diese Aufgaben nur mit Hilfe der Partizipation, der Arbeit und der Energie aller im gesellschaftlichen Leben unseres Landes Handelnder erreichen können.

Eben deshalb würde uns eine solche Agenda in die Lage versetzen, die nationale Debatte auf eine höhere Stufe zu heben und eine Konzeption des Landes zu entwickeln, die über die in den einzelnen Bereichen liegenden Herausforderungen hinausgeht. Wir waren in diesen Jahren damit beschäftigt, die Formen des Zusammenlebens in einer von ihren autokratischen Fesseln befreiten Gesellschaft wiederzuerlernen. Wir sahen uns mit einer wachsenden Politikverdrossenheit konfrontiert und standen vor der permanenten Aufgabe, ein qualitativ hohes Niveau bei der Ausübung öffentlicher Ämter ebenso wiederherzustellen wie das Ansehen, das eine solche Tätigkeit genießt. Aufgrund unseres raschen Wirtschaftswachstums mußten die Unternehmer lernen, ihren Aufgaben inmitten einer Phase deutlicher Ausweitung ihrer Aktivitäten nachzukommen, und die Bürger mußten ihrerseits lernen, in einer neuen Wirtschaftskultur zu leben, die sowohl Chancen als auch Lasten mit sich bringt. All dies hat zu einer gewissen Einengung und Verkürzung der öffentlichen Diskussion geführt. Das Thema der Modernisierung des Staates umfaßt viel mehr als nur die Auseinandersetzung über Privatisierungen. Die Sozialpolitik verdient eine Aufmerksamkeit und genaue Prüfung, die weit über die Debatten zum Ausmaß der sozialen Kosten hinausgeht. Die modernen Beziehungen in der Arbeitswelt betreffen mehr und anderes als das Vorhandensein oder Fehlen einer Arbeitslosenversicherung. Das Sicheinfügen des Landes in die internationale Umwelt erschöpft sich nicht darin, ob ein neuer Handelsvertrag in Kraft tritt oder nicht. Wenn man sich der zentralen und notwendigen Beziehung zwischen Demokratie und nationaler, alle Bereiche einbeziehenden Entwicklung stellt, wird die Ausarbeitung einer Agenda möglich, die dieser gesamten Komplexität Rechnung trägt.

■ Die Demokratie, auf die wir stolz sein wollen, muß eine Charta der Rechte und Verantwortlichkeiten der Bürger mit beinhalten.

Die Demokratie, auf die wir stolz sein wollen, muß eine Charta der Rechte und Verantwortlichkeiten der Bürger mit beinhalten. Die Welt hat außerordentliche Fortschritte auf dem Weg zur Anerkennung der Menschenrechte und bei den Mechanismen zu ihrer vollen Durchsetzung gemacht. Aber wir haben weniger Fortschritte erzielt bei der Festlegung der in die Verantwortlichkeit eines jeden Bürgers fallenden Aufgaben. Und dieser Aspekt ist von grundlegender Bedeutung. Nicht nur deshalb, weil es sich unter uns eingebürgert hat, alles vom Staat zu erwarten, sondern auch weil dies ein neues Verständnis des Staatsbürgertums und der Beteiligung an der Arbeit für das Gemeinwohl ausdrückt.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß der Aufbau der Demokratie in den kommenden Jahren eine erheblich vielseitigere, komplexere und schwierigere Aufgabe sein wird, zu deren Erfüllung viel mehr nötig ist als das Erzielen von Fortschritten bei den institutionellen Mechanismen, die den Bürgern zu einer besseren Vertretung verhelfen und die Volkssouveränität vollendeter zum Ausdruck bringen. Demokratie und Entwicklung sind nicht zwei verschiedene Stränge, nicht einmal unterschiedliche Akzentsetzungen; sie bilden Teil desselben Handlungsablaufs, desselben Impulses, der letzten Endes den alten und stets gültigen Idealen der Freiheit und des Friedens, der Gerechtigkeit und der Fairneß untersteht.